



Hintergrund

Der Geschäftsflugbetrieb ist vor zehn Jahren eingestellt worden, nachdem die britischen Streitkräfte den Vertrag zur zivilen Mitbenutzung vorzeitig zum 31. Oktober 2003 gekündigt hatten. Seither ruht auch die Flughafen Gütersloh GmbH. Sie hat ihren Sitz im Kreisshaus, die Akten werden in einem angemeieteten Büro am Flughafen Paderborn/Lippstadt geführt. Größter Gesellschafter ist der Kreis Gütersloh mit 20 Prozent. Beteiligt sind auch die Städte Gütersloh, Rheda-Wiedenbrück, Harsewinkel und Verl sowie die Gemeinde Herzebrock-Clarholz. Mit 56 Prozent die Mehrheit halten Firmen aus der Region, darunter Bertelsmann, Miele, Frankenfeld, Gerry Weber, Claas, Stork und die Industrie- und Handelskammer zu Bielefeld (IHK). Ohne Flugoption verlöre die Gesellschaft ihr Geschäftsfeld und stünde damit faktisch vor der Auflösung. (din)

Wenn die britischen Streitkräfte im September den Flugbetrieb in Gütersloh einstellen, erlischt damit auch die Genehmigung für den Geschäftsflugverkehr. Der Tower wird dann nicht mehr benötigt. Bilder: Dinkels

Wirtschaft schreibt Flug-Option ab

Von unserem Redaktionsmitglied GERRIT DINKELS

Gütersloh (gl). Nach den Fraktionen im Rat der Stadt Gütersloh haben auch die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP ihre Linie geändert und sich von der Option für einen Geschäftsflugbetrieb an der Marienfelder Straße verabschiedet. Vorausgegangen waren Gespräche mit der heimischen Wirtschaft.

„Wir sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Festhalten an der Geschäftsflug-Option nicht mehr sinnvoll ist“, sagte Dr. Heinrich Josef Sökeland, Chef der CDU-Kreistagsfraktion. Man habe immer gesagt und im Herbst bekräftigt: Solange die Wirtschaft Interesse be-

kunde, halte man an der Option fest. Es sei aber immer auch klar gewesen, dass kommunale Mittel für einen Geschäftsflugbetrieb nicht bereitgestellt würden („kein neues Fass aufmachen“). Die geringen Aussichten auf eine Genehmigung hätte keine Rolle gespielt, sagte Sökeland.

Mit dem Abzug der britischen Streitkräfte 2016 erlischt nach Aussage des Planungsbüros NRW Urban automatisch auch die Erlaubnis für den zivilen Flugbetrieb. Eine neue Genehmigung – falls es sie überhaupt gäbe – würde womöglich Jahre in Anspruch nehmen. Außerdem wären Investitionen und Betriebskosten in Millionenhöhe zu stemmen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Michael zur Heiden bedauert den Verzicht auf den Flugplatz,

einen „wichtigen Standortfaktor vor der Haustür“. Aus der Wirtschaft seien aber keine Mittel zu erwarten, man stelle sich dem Ergebnis der Gespräche. Mit der Absage verliert auch die seit 2003 ruhende Betriebsgesellschaft ihre Funktion. Eine Stellungnahme sei in Kürze zu erwarten, hieß es.

CDU und FDP favorisieren auf dem Gelände ein bis zu 150 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet der Nachbarn Gütersloh, Harsewinkel und Herzebrock-Clarholz. Bisher war in Gütersloh von bis zu 100 Hektar die Rede. Auch andere Kommunen des Kreises könnten sich beteiligen, aber keine darüber hinaus. Sökeland in Richtung Land: „Wir sind die Lokomotive in OWL und wir erwarten, dass dem Rechnung getragen wird.“ CDU-Re-

gionalratsmitglied Reinhard Althelshorst ergänzte, der CDU sei an einer gleichmäßigen Entwicklung im Kreis gelegen. Die Suche dürfe sich daher nicht nur auf Gütersloh beschränken.

Eine Erschließung des Gewerbegebiets könne eigentlich nur möglichst wirtschaftlich auf bestehenden Straßen über das Pixeler Kreuz bis zur A 2 bei Rheda-Wiedenbrück erfolgen, so Sökeland. Auch eine mögliche Reaktivierung des TWE-Anschlusses müsse untersucht werden.

Wenn die Flugverbotszone wegfalle, werden laut Sökeland auf Anbieh 20 Standorte für Windkraftanlagen außerhalb des Flugplatzes frei. Sie sollen vorrangig genutzt werden. Gewerbe habe auf dem Kasernengelände Priorität, sagte Sökeland.



Sehen den Realitäten ins Auge: die Fraktionschefs Michael zur Heiden (FDP, links) und Dr. Heinrich Josef Sökeland (CDU).

Grüne setzen auf TWE

Gütersloh (gl). Die Gütersloher Grünen begrüßen ein Nutzungskonzept, das die Flugplatzkaserne aufteilt in Natur- und Landschaftsräume, Gewerbe- sowie Freizeit- und Erholungsflächen. „Ergänzt werden sollen diese Schwerpunkte durch Standorte zur Nutzung von erneuerbaren Energien wie Photovoltaik- und Windkraftanlagen“, erklärt Ratsfrau Birgit Niemann-Hollatz in einer Mitteilung.

Bei der verkörperlichen Erschließung

habe die Aktivierung des TWE-Anschlusses Priorität. Der Bau neuer Straßen komme für sie nicht infrage, so Niemann-Hollatz.

Die Grünen schlagen zudem vor, einen „Entwicklungsbeitrag“ einzusetzen mit Vertretern der Stadt, des Kreises, aus Harsewinkel und Herzebrock-Clarholz, der Bezirksregierung, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), von Politik, Verbänden und Bürgern.



Der vorhandene TWE-Anschluss in der Kaserne soll nach Auffassung der Gütersloher Grünen reaktiviert werden.